

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

37 (13.2.1906) [Zweites Blatt]

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.22 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 123. — Postgebührenliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionsbüro: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 37.

Karlsruhe, Dienstag den 13. Februar 1906.

26. Jahrgang.

Bede des Abgeordneten Gen. Kolb

in der Sitzung des Landtags vom 9. Februar.
Reichsfinanzreform.

Meine Herren! Ich möchte zunächst mit einigen Worten auf die Reichsfinanzreform eingehen bezug auf die Bede, die die Großh. Regierung auf unsere diesbezügliche Interpellation hier abgegeben hat. Es war vorzuzugestehen, daß die Großh. Regierung dieser Finanzreform zustimmen wird. Damit hat sie aber nicht im Interesse der großen Mehrheit des badischen Volkes gehandelt. Die dort gemachten Vorschläge sind derart, daß wir uns unter keinen Umständen zufrieden geben können, schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil diejenigen Vorschläge, die man bei der Beratung des Zolltarifs in bezug auf die Berücksichtigung der minderbemittelten Bevölkerung gemacht hat, nicht gehalten werden. Auch diese neuen Steuern sind zum größten Teil derart, daß die großen Massen der Bevölkerung in erster Reihe darunter leiden müssen. Nur in einer Beziehung, in der geplanten Erbschaftsteuer, kann man einen Fortschritt erblicken. Sie macht allerdings den Eindruck, als sei sie nur zum Schein mit heringekommen worden; denn das, was sie einbringen soll, ist so außerordentlich wenig, daß wohl kaum damit der Anfang zu direkten Reichssteuern gemacht werden soll. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Schuldenwirtschaft im Reich überhaupt nicht aufhören wird, solange nicht diese direkten Reichssteuern eingeführt werden, solange es nicht möglich ist, die Lasten der steigenden Militär- und Marineausgaben auf die tragfähigeren Schultern abzumwälzen. Von dem Augenblick an, wo diese begüterten Schichten zu den Lasten herangezogen werden, wo sie selbst die Folgen der Schuldenwirtschaft verspüren, wird im Reichstag zweifellos ganz anders gehen die Heres- und Marinevorlagen aufgetreten werden, als dies heute der Fall ist. Es wird eingebracht, es sei überhaupt nicht möglich, direkte Reichssteuern einzuführen, und zwar deshalb nicht, weil man die Teilung der Steuerlast nicht durchführen könne. Mit der Erbschaftsteuer ist aber bereits eine solche Teilung der Steuerlast vorgenommen. Wir haben in Baden die Erbschaftsteuer und bekommen noch eine Reichserbschaftsteuer. Ich meine, was hier die Reichsregierung durchzuführen kann, kann sie auch in allen anderen direkten Steuern durchführen. Man will jedoch in dieser Beziehung keine Reformen durchführen, vielmehr aus dem Grunde nicht, weil man fürchtet, daß die oberen Zehntausend eine Revision ihrer monarchischen Gewinnung vornehmen würden, wenn sie einmal genötigt zu den Lasten der heutigen Wirtschaft im Reich herangezogen würden! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren! Es ist davon gesprochen worden, daß diese Ausgaben, die wir heute machen, absolut notwendig seien. Wir sind anderer Meinung. Wir halten das heutige Militärsystem für ein außerordentlich bedenkliches, schon insofern, als wir, wenn wir weiter gemacht wird, zweifellos einmal am dem Punkt ankommen werden, wo wir entweder abzurufen oder aber zum Krieg unsere letzte Zuflucht nehmen müssen; unangenehm können die Völker auf die Dauer beratige Lasten tragen und wichtige Kulturaufgaben vernachlässigen. Direkte Reichseinkommens- und Vermögenssteuern wären zweifellos ein sehr gutes Erziehungsmittel gegen diese Weltverschwendung, aber auch gegen Verschwendung, die auf anderen Gebieten in sehr reichem Maße gemacht werden. Ich erinnere nur an die Kolonialpolitik und alle diese Dinge, die uns eine ungeheure Summe Geld kosten, ohne daß dabei für das deutsche Volk ganz besonders herauskommt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Freunde werden im Reichstag gegen die Finanzreformvorlage stimmen; hoffentlich fällt diese Vorlage, die doch nichts weiter ist, als Füllwort. Jedenfalls werden die Einnahmen, die dabei herbeikommen, durchaus nicht ausreichen, um die steigenden Ausgaben zu decken, die wir in den nächsten Jahren zu erwarten haben; die Schuldenwirtschaft wird dadurch allerdings in gar keiner Weise beunruhigt werden, im Gegenteil, es werden neue Schulden gemacht werden.

Die badischen Finanzen.
W. S. I. Nun gehe ich zu unseren badischen finanziellen Verhältnissen über. Der Herr Abg. Freibauf hat vorhin sehr eingehend Kritik an unserem Staatsbudget geübt, und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Schwarzmalerei durchaus ungerühmter ist. Was der Herr Finanzminister dann dem Herrn Abg. Freibauf erwidert hat, war außerordentlich schwach, jedenfalls durchaus nicht geeignet, das, was der Herr Abg. Freibauf an beweiskräftigem Material vorgebracht hat, irgendwie zu entkräften. Es ist etwas ganz anderes, was ein Privatmann eine solche Sparpolitik treibt, wie wir sie treiben, oder ob sie der Staat treibt. Der Privatmann macht das zu seinem Privatvergnügen, und wenn ein Geizhals geizig ist, so schädigt er damit niemanden als sich selbst. Aber wenn ein Staat an solchen Ende spart, wenn er falsche Finanzpolitik befolgt, so schädigt er dadurch volkswirtschaftliche Interessen, vor allem aber auch die kulturellen Interessen. Und daß am falschen Ende gespart wurde, daß wir nicht in den letzten Jahren die richtige Finanzpolitik getrieben haben, dafür sprechen doch wohl am deutlichsten die vielen Petitionen, die jetzt an den Landtag gekommen sind, und vor allem die Dinge die Verwirklichung der Volksschule. Wir sind ja gewohnt, daß vom Regierungssitz aus über Vorschläge, wie sie der Herr Abg. Freibauf gemacht hat, mit mitleidigen Lächeln hinweggegangen wird; man ist doch der Meinung, niemand verleihe etwas, als die Hochämter. Durch deren Weisheit lasse ich mir aber durchaus nicht imponieren. Wir haben Beispiele, daß Dinge für unrichtig und geradezu für verriickt betrachtet wurden, die man später für selbstverständlich gehalten hat. Ich habe einige Reminiscenzen, wie man früher über die Eisenbahn gedacht hat, wenn man bis heute liest, mutet es uns lächerlich an, aber früher wurde

es für sehr ernst gehalten; es waren vielfach Weisheitsprüche vom Regierungssitz. Ein Oberbergat erklärte z. B., der Betrieb durch Lokomotiven sei unmöglich, man müsse rechtzeitig für Pferde sorgen; der König Ernst August von Hannover sagte: ich will keine Eisenbahn haben, es soll nicht jeder Schuster und Schneider so schnell reisen wie ich; ein früherer bayerischer Staatsminister meinte: wenn England sich mit den Eisenbahnen ruinieren will, sei es seine Sache, für uns läge keine Veranlassung vor, das nachzumachen!

Tasche Schwarzmalerei.
Unser Budget wird nach einem ganz bestimmten Schema aufgestellt, nach dem Schema F, das für die Bureokratie maßgebend ist. Dieses Schema nimmt jedoch nicht mit der Wirklichkeit überein. Vor allen Dingen werden bei der Aufstellung des Budgets viel zu wenig volkswirtschaftliche Grundsätze berücksichtigt. Der Herr Minister hat gestern davon gesprochen, daß man nicht jede Ausgabe bewilligen könne, die seitens der Volksvertretung verlangt werde, daß man keine Ausgaben machen dürfe, höchstens für verbundene Kapitalien. Unter verbundenen Kapitalien kann man aber sehr verschiedenes verstehen. Unser Finanzminister versteht darunter nur solche Anlagen, die so viel abwerfen, daß die Zinsen und Amortisationen bestritten werden können. Die Städte stehen auf einem anderen Standpunkte und sagen: verbundene Kapitalien sind z. B. auch die Ausgaben, die wir für die Sanalisation und für die Schule machen. Es sind das Dinge, die mittelbar der Stadt nichts einbringen; aber volkswirtschaftlich wird der Grundjah anerkannt, daß die Ausgaben für die Volksschule verbundene Kapitalien darstellen. Wenn der Staat Ausgaben für solche Zwecke macht, so kann man nicht sagen, daß er eine irrationelle Finanzpolitik betreibt. Der verstorbene Herr Finanzminister Budenberger scheint mit anderer Ansicht gewesen zu sein als der jetzige Finanzminister; nach dem, was Herr Budenberger in dem Jubiläumsbuch geschrieben hat, scheint mir sehr zuzufinden, daß er die Bedeutung der Volksschule sehr hoch geschätzt und die Ausgaben für dieselbe als im Interesse des volkswirtschaftlichen Wohlstandes eines Volkes beruht nicht in letzter Linie auf dem allgemeinen Wissen des Volkes. Daraus hätte man die Konsequenzen ziehen sollen und hätte früher mit der Verbesserung der Volksschule anfangen sollen und nicht bis zum Jahre 1906 damit warten. Was hier verlangt wird, ist überdies völlig unzulänglich. Die Volksschule spielt heute eine große Rolle, namentlich wegen der Konjunkturschwäche der verschiedenen Nationen. Man vergesse nicht, daß die Rückbildung an der Volksschule zu einem erheblichen Teil der geistige Ausbildung der landwirtschaftlichen Bevölkerung trägt. Ganz anders liegen die Verhältnisse in Dänemark. Bei uns kommt man mit dem Zolltarif der Landwirtschaft zu Hilfe, aber der Zolltarif der Landwirtschaft nicht; in Dänemark dagegen bekommt die Landwirtschaft keinen Fennig Zoll, und sie ist die einzige in Europa, die sich in blühendem Zustande befindet; dort steht der Bauernstand auf einer viel höheren geistigen Stufe; dort hat man nicht geklagt über Ausgaben für die Bildung des Volkes. Das Defizit in unserer Kultur ist viel schlimmer als das Defizit in unserem Staatshaushalt. (Sehr richtig!) Besteres kann man von einem Tage auf das andere denken; das Kulturdefizit in unserer Volksschule aber, das wir heute haben, bedarf zu seiner Beseitigung ein ganzes Menschenalter. (Sehr wahr!) Diese falsche Sparpolitik wird nicht bloß im allgemeinen Staatshaushalt, sondern auch in dem ausgeführten Staatshaushalt der Eisenbahnen zum Ausdruck kommen. Wenn irgendwo bewiesen werden kann, daß falsch gespart wurde, so gilt das für unser Eisenbahnen. Wir müssen jetzt große Summen aufwenden, um die bei dem sich steigenden Verkehr notwendigen Dinge zu schaffen. Woher kommt es nun, daß wir in ein paar Jahren vielleicht hunderte von Millionen hineinstecken müssen, um die Eisenbahnen in gutem Zustande zu erhalten? Weil ein früherer Finanzminister eine Sparpolitik an falscher Stelle übte und meinte, man sollte ja keine Schulden machen und nur sparen. Als hätte er einen Mann an die Spitze des Eisenbahnwesens kam, der vom volkswirtschaftlichen Standpunkte das Besäumte zu beurteilen in der Lage war, mußte an allen Ecken und Enden mit Reformen eingegriffen werden. (Sehr richtig!) Der Herr Abg. Gieseler hat bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, wie opulent die Ausgaben namentlich für die Bahnhöfe großer Städte seien. Ich bin der Meinung, man sollte das nicht sparen, und bei dieser Gelegenheit es vor allem vermeiden, den Gegensatz zwischen Stadt und Land herauszubringen. Bei der Eisenbahn gibt es kein Gegensatz zwischen Stadt und Land. An der Eisenbahn hat ein jeder Interesse, auch wenn er nicht mit der Eisenbahn in Berührung kommt und im ganzen Jahre nicht fährt; jedem kommt der Vorteil der Eisenbahn zugute, selbst wenn er im hintersten Winkel des Odenwaldes wohnt. Der Herr Abg. Gieseler hat vorgeschlagen, man möge 10 bis 15 Millionen dafür verwenden, um die Verkehrswinde der zurückgebliebenen Gegenden zu befriedigen; damit wäre außerordentlich gutes zu leisten, jedenfalls würde bis zu einem gewissen Teile der Entvölkerung entgegengearbeitet. Damit bin ich durchaus einverstanden. Wenn er sagt, daß der Entvölkerung dadurch entgegengearbeitet wird, daß die Bevölkerung wirtschaftlich gehoben wird, daß die Steuerquellen des Staates gestärkt werden, dann darf er eben nicht sparen, wenn es gilt, den Verkehr auszu-dehnen und zu erweitern. Aber leider wird diese Konsequenz häufig nicht angetannd.

W. S. I. Das die Finanzpolitik der Städte
hier in einer Weise beurteilt wurde, die jedenfalls bei den Stadtverwaltungen nicht gerade Freunde herbeiführt, hätte ich nicht für möglich gehalten. Ich glaube, die Stadtverwaltungen treiben eine viel bessere Finanzpolitik als der Staat, und wenn der Herr Staatsminister darauf hingewiesen hat, daß z. B. in

Karlsruhe 31 Prozent seiner Einnahmen allein für Schuldenzinsen und Zinsenzahlung verwendet muß, so was soll denn damit bewiesen sein? Damit ist noch gar nichts bewiesen. Ich bin der Ueberzeugung, daß wenn Karlsruhe und Mannheim die gleiche Finanzpolitik befolgt hätten, wie unsere Minister, dann wären die Umsätze noch viel höher, als sie heute sind. Denn die Städte haben ihre Steuerkraft durch diese Politik gestärkt; sie sind heute in der Lage, mit verhältnismäßig kleinem Umfange großer Aufgaben zu erfüllen, an deren Erfüllung der Staat nicht denken kann, weil er die Mittel nicht dazu hat, weil er eine vollständig falsche Finanzpolitik betreibt. (Sehr richtig!)

Vergleichen Sie einmal unsere städtischen Schulen mit den Schulen des Staates! Wie Tag und Nacht ist das Verhältnis! Die Städte haben dafür gesorgt, daß die Volks- und Mittelschulen in geordnetem Zustand sind, während wir in Baden Zustände erlebt haben, die man in einem liberalen Kulturstaat einfach nicht für möglich halten sollte. Wir haben erleben müssen, daß Gemeinden nach Karlsruhe um einen Lehrer telegraphierten, und nicht einmal Antwort bekommen haben. In diesen Zuständen ist nur diese allerweltweise Finanzpolitik schuld, über die hier ein solches Loblied gesungen wird.
Die Städte haben auch in bezug auf die Bezahlung der Beamten und Arbeiter und die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben viel mehr geleistet, als der badische Staat. Heute sind wir in der Stadt so weit, daß die städtischen Arbeiter nach einer gewissen Reihe von Jahren die Beamtengehälter erhalten. Wenn wir an den Staat mit derartigen Forderungen kommen würden, würde der Herr Finanzminister uns schwarz auf weiß ausrechnen, daß noch nicht in 20 Jahren daran zu denken sei, im Staate dasselbe einzuführen, weil das ungeheure Ausgaben verursachen würde.

Die sogenannte Schuldenwirtschaft.
Der Herr Finanzminister hat die sogenannte Schuldenwirtschaft sehr beurteilt und uns eine Rechnung aufgestellt, über die ich im höchsten Grade erstaunt war. Ich habe mich gefragt, wie ist es möglich, daß ein Finanzminister vor einer Volksvertretung, wo doch seine Leistungen sich, eine derartige Rechnung aufmachen kann? Er hat sich von einem Geheimrat ausrechnen lassen, was wir an Schuldenzinsen und Zinsen bezahlen müssen, wenn wir alljährlich 2 Millionen Schulden aufnehmen würden, und ist zu dem Resultat gekommen, daß wir in 40 Jahren nahezu an 3 Millionen an Schuldenzinsen und Zinsen bezahlen müßten. Was hat er damit bezwecken wollen? Hat er uns Angst machen wollen, hinguzufahren, daß wir auch 80 Millionen bares Geld bekommen haben, die jedenfalls nicht zum Kreieren hinausgegeben worden sind, die uns unter Umständen mehr eingebracht, als sie an Zinsen verschlungen haben. Der Mann ist noch lange nicht der geschickteste, der meint, ein schuldenfreies Haus sei die rentabelste Kapitalanlage.
Nun will ich selbstverständlich nicht die Schuldenwirtschaft das Wort reden. Ich halte es auch für einen idealen Zustand, wenn man ohne Schulden auskommt, aber dann muß man eben auch in bezug auf die Steuern die Konsequenzen ziehen. Denn darf man beispielsweise bei der Progression, bei der direkten Steuer, nicht da aufhören, wo sie eigentlich erst anfängt, etwas einzubringen, dann muß man eine Steuerpolitik befolgen, bei der die Schonung der oberen Zehntausend zu Lasten der unteren Massen aufhöre, eine wirklich und wahrhaft gerechte Steuerpolitik.

Barum nehmen denn unsere verbündeten Regierungen den Standpunkt, den sie hier in den Eingeländern betreiben, nicht auch im Reichstag ein? Wenn es sich um überseeische Kolonisation handelt, wird das Geld zu hunderten von Millionen bewilligt, obwohl man im voraus weiß, daß man auf absehbare Zeit nichts davon hat. Man sagt da nämlich: erst muß man etwas hineinlegen, dann erst kann man etwas daraus ziehen. Wenn wir aber hier kommen und Summen verlangen zur Förderung der Kultur, da verschwindet auf einmal dieses Prinzip. Hier im Vaterlande wird eine einmalige Finanzpolitik befolgt, in einem Kulturlande, wo jenes Prinzip ungemein mehr Vorteil bringen würde, als in den überseeischen Kolonien, die ich für keinen Schuh Pulver wert halte. (Sehr richtig! und Heiterkeit.)

W. S. I. Das der Staatsvoranschlag
Der wirklichen Lage nicht entspricht, dafür möchte ich einige Beispiele anführen. Der Herr Kollege Freibauf hat in keiner Weise übertrieben. Vor einigen Jahren (ich gebürde damals selbstverständlich dem Hause noch nicht an) wurde hier in einer Weise über unsere falsche Finanzlage gemurmelt, daß man glauben konnte, wir hätten bis über die Ohren in die Schuldenwirtschaft hinein. Nun sind wir über diese Unglücksjahre hinweggekommen, und was war das Resultat? In dem allerhöchsten Finanzjahre haben wir im ordentlichen Budget immer noch einen Ueberschuß von 15 Millionen gehabt. Für die Budgetjahre 1902—1903 war im Budget ein Defizit von 14,8 Millionen vorgesehen, die teilweise aus den Mitteln des umlaufenden Betriebsfonds, teilweise aus der Amortisationskasse, gedeckt werden sollten. Im ordentlichen Budget waren Mehrausgaben von 15 Millionen vorgesehen, und da zeigen uns die vergleichenden Darstellungen der Budgetsätze, daß im ordentlichen Budget nicht Mehrausgaben von 15 Millionen, sondern Mehreinnahmen von 4,2 Millionen zu verzeichnen waren, also ein Unterschied von über 6 Millionen, von diesen 14,8 Millionen Defizit blieben also nur noch 7,8 Millionen, die aus Mitteln des umlaufenden Betriebsfonds gedeckt werden konnten. Der Herr Budgetpräsident schüttelt den Kopf! Ja, nichts wäre schöner, als wenn wir immer in selten Jahren leben, wenn wir jedes Jahr 15, 16 oder 17 Millionen Ueberschuß machen würden. Aber solche Zeiten gibt es nicht immer, die fetten und die mageren Jahre

wechseln gegenseitig ab. Aber deshalb braucht man noch nicht dieses Geheul anzustimmen, als ob wir, wie weiß wie, in Schulden lämen. Das bestreitet, ja gar niemand, daß es gut ist, wenn man Reserven ansammelt; aber man soll in dieser Beziehung nicht allzu weit gehen und die großen wichtigen Kulturaufgaben vernachlässigen. (Sehr richtig!) Die Volksschule ist auch eine Reserve, wenn sie nur richtig eingerichtet ist, und zwar eine sehr reiche Reserve für den Staat.

Und dann, wie ist es denn mit den Restkrediten? Da werden fortgesetzt in jedem Jahre 10 oder noch mehr Millionen Restkredite übernommen und jedesmal lesen wir in den Nachrichten, daß in dem günstigsten Falle drei oder vier, allerhöchstens fünf Millionen zur Verwendung gekommen sind. Auch im jetzigen Budget sind zehn Millionen übernommen, obwohl man wissen muß, daß diese zehn Millionen in den nächsten zwei Jahren nicht verausgabt werden, so wenig, wie sie früher verausgabt worden sind; sie belasten nur das Budget. (Zuruf vom Abg. Hergt.) Ja, so geschieht, wie der Herr Kollege Hergt, können nicht alle Leute sein. (Heiterkeit.)

Das Budget von 1904—1905 weist ganz genau dieselben Zustände auf. Vor zwei Jahren erklärte der Herr Finanzminister in seinem Gesetze, daß in „diesem Jahre“ — das wären also die letzten zwei Jahre — „der umlaufende Betriebsfond vollständig bis auf den eisernen Bestand aufgezehrt werden würde, und daß für den außerordentlichen Etat in den nächsten Jahren jedwede Verfügungsmittel fehlen“ und es war ein Defizit vorgesehen von nicht weniger als fünfzehn Millionen. Nun haben wir noch nicht die vergleichende Darstellung über die Jahre 1904—1905; aber das, was uns der Herr Finanzminister in seinem Gesetze und gestern in seiner Rede mitgeteilt hat, genügt vollumfänglich, um hier sagen zu dürfen: auch mit diesem Budget von 1904—1905 sieht es genau so wie mit demjenigen für die früheren Jahre; nicht nur, daß der umlaufende Betriebsfond nicht auf seinen eisernen Bestand reduziert wurde, sondern er beträgt heute 14,4 Millionen Mark, von dem vorgesehenen Defizit in Höhe von 15 Millionen Mark ist außerdem gar keine Rede. Der Herr Finanzminister hat gestern ausdrücklich erklärt, daß die Ueberschüsse, die erzielt wurden, dazu verwendet worden seien, um die Ausgaben des außerordentlichen Etats zu bestreiten, mit anderen Worten, daß das Defizit einfach verschwand ist; daselbe Defizit, mit dem man heute vor zwei Jahren und Angst zu machen suchte. Es waren immer dieselben Argumente, mit welchen man uns auch jetzt wieder begreiflich zu machen sucht, daß eine „gespannte Finanzlage“ vorhanden sei.

Der Herr Finanzminister hat dann weiter darauf hingewiesen, daß wir allerdings gegenwärtig in einer Zeit leben, wo die Einnahmen stark im Nachen begriffen sind; aber, hat er hinzugefügt, die Einnahmen machen nur um 3,6 Proz. die Ausgaben aber sind um über 6 Proz. gewachsen. Natürlich, wenn man das, was im Budget steht, für wahr nimmt, dann glaube ich schon, daß die Rechnung so ausfallen wird, bekanntermaßen aber fällt sie eben anders aus, als es das Budget darstellt. Außerdem glaube ich aber auch einfach nicht ohne weiteres daran, daß die Ausgaben in einem viel schnelleren Tempo steigen, wie die Einnahmen. Ich glaube im Gegenteil, daß wir jetzt wieder in den Jahren sind, wo wir Ueberschüsse machen können, wo wieder Reserven zurückgelegt werden können, ohne an allen Ecken und Enden sparen zu müssen.
Davon ist nie die Rede, daß wir in den letzten Jahrzehnten uns kolossale Vermögenswerte geschaffen haben, Vermögenswerte, die vorhanden sind, die aber natürlich im Budget nicht in der Erscheinung treten; denn sobald sie einmal bezahlt sind und sie sind bezahlt, verschwinden sie im Budget. Wir haben in dieser Beziehung Großes geleistet, und zwar aus launigen Mitteln, ohne einen Fennig Staatsschulden zu machen, und nur in der allerhöchsten Zeit haben wir dazu kommen müssen, einen Teil unserer Reserven aufzuehren zu müssen. Und das in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges, wie wir sie lange Jahre vorher nicht gehabt haben.

Ich glaube also, eine Ursache, zu derartigen Klagen, wie man sie hier im Landtag ständig hört, ist nicht vorhanden; im Gegenteil, die Volkswirtschaft hätte allen Grund, diesem Gejammer mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und der Zukunft mit voller Hoffnung entgegenzusehen.

Unsere Eisenbahnen.
Genau so sieht es mit unseren Eisenbahnen. Da wird fortwährend geklagt über die Eisenbahnschuld. Der Herr Abg. Freibauf hat mit Recht erwähnt, daß die Eisenbahnschuld förmlich zum schwarzen Mann eingepöppelt worden sei. Wenn es keine schlimmeren Schulden gäbe, als die unserer Eisenbahn, könnten wir zufrieden sein; und wenn jeder Geschäftsmann so gestellt wäre, wie unsere Eisenbahnenverwaltung, dann wäre er wohl zufrieden. Aber in unserer Eisenbahnbureokratie sind eben keine Geschäftsmänner, wie überhaupt in unserer Bureokratie nicht, und deshalb kommt man nicht zu einer richtigen Beurteilung dieser Dinge. Es wird ganz vergessen, daß der Vermögenswert unserer Eisenbahn in einem viel größeren, viel ruhigeren Tempo gewachsen ist als unsere Schulden, und daß wir noch über 100 Millionen aus laufenden Mitteln der Eisenbahn gewonnen haben, um damit Ausgaben zu bestreiten, die eigentlich von Rechts wegen, vom Standpunkte der Volkswirtschaft aus, aus Anlehensmitteln hätten bestritten werden sollen.
Trotzdem aber heißt es: die Eisenbahn ist ein „Schmerzenskind“! Die Eisenbahn ein Schmerzenskind eine Einrichtung, ohne die wir als Kulturvolk gar nicht mehr leben könnten! Ich glaube, jede Aktiengesellschaft wäre froh, wenn sie dem Staat dieses so gutrentierende Schmerzenskind abnehmen könnte.
Und wie sieht es denn eigentlich mit diesem Schmerzenskind aus? Unsere Eisenbahnschuld hat in den letzten Jahren realisiert zwischen 3,71 und 7,49 Proz. die Durchschnittszinsen in den letzten 11 Jahren war 5,9 Proz. Ist das wirklich eine so niedrige Rente, das man Ursache

hätte, zu fragen? Stellen Sie sich einmal vor, man würde denselben Standpunkt in bezug auf die Schulen, hinsichtlich unserer Landstraßen und anderer Einrichtungen einnehmen, in die wir doch viele Hunderttausende hineinstecken müssen, ohne daß wir einen Pfennig direkter Einnahmen daraus ziehen! Dort stellen wir uns doch auf den Standpunkt der Volkswirtschaft! Wir sagen: das muß der Staat machen, ohne das kommt der Staat nicht aus! Ja, kommt denn der Staat ohne Eisenbahnen aus? Wo bleibt denn die Berechnung der indirekten Rente, die der Staat aus der Eisenbahn zieht? Die darf er doch nicht vollständig außer Acht lassen. Es ist ja etwas ganz anderes, wenn der Staat Besitzer der Eisenbahn ist, als wenn irgend eine Aktiengesellschaft im Besitz hat; die Aktiengesellschaft muß natürlich mit der direkten Rente rechnen — und wenn diese Rente nicht der durchschnittlichen Rente aus dem Kapital, das die Gesellschaft hineinsteckt hat in die Eisenbahnen, entspricht, dann ist der Aktionär unzufrieden — und mit Recht! Aber der Staat zieht doch nicht bloß die direkte Rente — sondern er zieht auch die indirekte Rente. Die Steuerquellen des Staates sind immer dann am stärksten, wo der Verkehr am lebhaftesten ist. Daraus muß man aber als Staatsmann auch die Konsequenzen ziehen; man darf sich nicht einsichtig auf den burokratisch-fiskalischen Standpunkt stellen.

Dann werden auch unsere Eisenbahnen wirtschaftlich nicht rationell betrieben. Da sollte wirklich einmal ein Nachdenken an die Spitze unserer Eisenbahnen kommen; der künftige Reformen durchzuführen, Reformen, die dem Volk einen Nutzen bringen würden, den wir uns heute gar nicht vorstellen können. Der Zustand, wie heute in unserer Eisenbahn gemindert wird, wie da ohne Rücksicht darauf, ob Zuschüsse geleistet werden müssen, oder nicht, fortgerückt wird, kann auf die Dauer nicht bestehen. Ich erinnere nur an die Beibehaltung der 1. Klasse. Alle Welt ist sich klar, daß diese Klasse ganz unrentabel ist und nur von einer ganz bestimmten kleinen Anzahl von Leuten, die auf Kosten anderer Leute reisen, benutzt wird, solche Zustände werden beibehalten, da hört man nicht, daß gepart werden kann, ungeheuer gepart werden kann. Im Gegenteil, man möchte lieber noch ein paar Klassen dazu machen. (Abg. Fröhenf. Sehr richtig!)

(Schluß folgt.)

Parteitag der badischen Sozialdemokratie am 10. und 11. Februar in Karlsruhe.

(Nachmittagsitzung. — Schluß.)

Auf Antrag wird die Abschaffung des Pünktes Organisations und Agitation beschlossen, doch soll Genosse Eichhorn diesen Punkt im Volksfreund ausführlich behandeln.

Ueber das Thema: Städte- und Gemeindeordnung referiert nunmehr Genosse E. S. und Mannheim. Er sagt: Die Frage der Regelung der Städte- und Gemeindeordnung ist wohl eine der ältesten und auch dringendsten, welche die Sozialdemokratie behandeln muß. Die jetzige Städte- und Gemeindeordnung datiert schon circa 30 Jahre zurück und war bei ihrer damaligen Einführung speziell auf kleinere Städte zugeschnitten. Durch die erfolgte industrielle Entwicklung und der damit erfolgten Vergrößerung der Städte ist jedoch eine Änderung dieses Gesetzes erforderlich. Schon im Jahre 1897 fand in Karlsruhe eine Konferenz statt, die sich mit einer Reform dieses Gesetzes beschäftigte; und schon damals hat man zugegeben, daß selbst die Städteordnung in Preußen und sogar in Rußland besser sei als die in Baden, namentlich in freiwirtschaftlicher Beziehung. Ein Teil unserer Gemeinden wählt heute schon ihre Gemeinderäte und Bürgermeister direkt, so daß die Einwohnerzahl die Höhe von 2000 nicht überschreitet. Durch die industrielle Entwicklung gehen aber immer mehr Gemeinden dieses direkten Wahlrechtes verlustig, was im besonderen auf deren Abwanderung hinweist.

Wir haben aber auch noch das Dreiklassenwahlrecht, das wiederum schon als das ungeschickteste aller Wahlrechte gekennzeichnet habe. Ein besonderer Nachteil ist dies für die Arbeiterklasse, da die 1. und 2. Klasse die 3. Klasse majorisiert. Trotz Reueheit in der 3. Klasse des Bürgerausschusses bewilligte man auch der Sozialdemokratie entgegen gar keine Stadträte wie in Karlsruhe, oder man bewilligt solche Städte wie in Baden, wie es in Mannheim und Pforzheim geschehen ist, ohne dabei auf die nach den prozentualen Verhältnissen zustehende Vertreterzahl Rücksicht zu nehmen. Es muß dabei betont werden, daß die Vertreter der Städte, der Bürgermeister, und die Anerkennung ausgesprochen haben, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Bürgerausschüssen die zu lösenden Fragen immer von großen Gesichtspunkten aus betrachtet und danach gehandelt haben. Die jetzigen Verhältnisse schreiben nach Abhilfe. Jetzt habe die Zentrumspartei einen Antrag im Landtag eingebracht, der aber nur auf eine Reform der Gemeinde-, nicht aber der Städteordnung hinausläuft. Auch will der Antrag kein direktes Wahlrecht, sondern nur eine Sechstel-Einteilung. Damit wollen sie aber nur mit den liberalen ländlichen Katholiken verbünden werden und sich selbst die Majorität in der 2. Klasse sichern. Er handelt sich beim Zentrum nicht um eine gesunde Reform der Gemeindeordnung, sondern um eine Befestigung ihrer Herrschaft. Der Antrag des Zentrums muß deshalb von der Sozialdemokratie auf den schärfsten bekämpft werden. Wir wollen in erster Linie das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. In den jetzigen Bürgerausschüssen ist die Macht der Bürgermeister eine viel zu große, was Referent an der Hand der Praxis veranschaulicht. Die Geschäftsordnung des Bürgerausschusses müßte unbedingt geregelt werden und dürfen diese Autokratie nicht mehr so weiter gehen. Wir haben Anträge eingebracht, daß der Schwund des Wahlgeheimnisses und die landesgesetzliche Festlegung der Wahlzeiten unter allen Umständen gewährleistet werden müssen, damit auch der Arbeiterklasse Gelegenheit gegeben wird, ihr Wahlrecht auszuüben und sie nicht auf die Gnade der Bürgermeister angewiesen ist. Es wird uns auch vorgeworfen, daß wir durch die Einführung des gleichen Wahlrechtes die unumschränkte Herrschaft auf den Katholiken ausüben würden, dem sei jedoch entgegengehalten, daß wir auch die Einführung der Proporzsysteme, nach dem alle Parteien an ihrer Vertretung, ihrer Stärke entsprechend gelangen und daher eine Majorisierung vollständig ausgeschlossen sei.

Ueber die Frage, ob Einkammer- oder ZweikammerSystem, könnte man geteilter Meinung sein, es kommt nur auf die Beurteilung der Situation an. Behalten wir das Zweikammersystem bei, so müßte uns darüber gesagt werden, daß der Bürgerausschluß über seine eingekammerten Anträge ohne Mitwirkung des Stadtrates abstimmen und nicht, wie es die jetzige Gemeindeordnung vorsieht, der Stadtrat solche Anträge ablehnen kann. Was nun die Verwaltung selbst betrifft, so müssen in den einzelnen Kreisen Kommissare zur Mitarbeit herangezogen werden, wie dies in vielen Städten schon der Fall ist. Eine weitgehende Änderung müßte dahingehend angebracht werden, daß die Stadträte nicht mehr im Ehrenamt funktionieren, sondern bezolgt werden. Ein unbilliger Zustand sei es auch, daß die städtische Polizei dem Staate unterstehe und dieselbe von den Städten selbst bezahlt werden muß. Wird eine dahingehende Änderung getroffen, so wird es auch nicht mehr vorzukommen, daß man von der städtischen Polizei, die aus den städtischen Steuern bezahlt wird, sich mit dem Säbel bedroht sieht, ohne Einfluß darauf zu haben. (Weißoll.)

Was nun unsere Kreisverfassung angeht, so habe selbst Minister Söntgen den Wahlmodus zu den Kreisräten als unhaltbar bezeichnet. Unter den heutigen Umständen kann sich die Sozialdemokratie unmöglich an diesen Wahlen beteiligen, da die Kosten hierfür in umgekehrtem Verhältnis zu dem zu erwartenden Erlöse stehen. Auf den Kreisräten werden Punkte erledigt, die für die Arbeiterklasse von ganz eminenter Bedeutung sind, er erinnere hierbei nur an die Armen- und Krankenpflege. Auch die Erneuerung der Bezirke erfolgt auf Vorschlag der Kreisräte, wodurch einem großen Teil der Bevölkerung durch dieses Wahlrecht der Einfluß hierauf genommen wird. Aus allen diesen angeführten Faktoren ergebe sich also, daß in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Institution eine Änderung auch in dieser Beziehung in absehbarer Zeit herbeigeführt werden müsse durch Änderung dieses Gesetzes. (Weißoll.)

Ueber das Referat wird Diskussion nicht beliebt. In Stelle des durch plötzliches Unwohlsein verhinderten Genossen E. S. sprach Gen. Eichhorn über das Thema: Sozialdemokratie und Volksschule. Er führt aus: Seit fast 40 Jahren sind wir bezüglich des Lehrplanes der Volksschulen nicht vorwärts gekommen. Die gemäßigten Umwälzungen der letzten Jahrzehnte sind vergeblich an unserer Volksschule vorübergegangen. Das beweisen die Petitionen der Lehrer an den badischen Landtag. Die Liberalen haben sich mit Schreierformen begnügt. Das Zentrum hat aus seiner Schulfreundlichkeit niemals ein Hehl gemacht, sich aber im Laufe der letzten Jahre aus Klugheit mit den erzielten Reformen abgefunden. Zu konsultieren sei, daß unter der Herrschaft des Liberalismus leider für die Schule nicht das Gesehene sei, was die heutige Zeit verlangt. Die Regierung hat manches versprochen, aber nicht viel gehalten. Vor allem ist der große Lehrermangel zu beklagen. Die verprochenen Gehaltsverbesserungen sind nicht so ausgefallen, wie es im Interesse der Lehrer und Schüler zu wünschen gewesen wäre. Zu bedauern sei auch, daß die Kosten dieser Gehaltsverbesserungen den Gemeinden in der Hauptsache auferlegt worden seien. Die Regierung müßte sich bei ihrer Reform des Lehrplans auf die fortgeschrittenen Schulen stützen. Was unsere Kinder lernen, ist vollständig ungenügend; häufig eine gewisse Mischungsenergie. Es wird viel zu mechanisch gelehrt und zu wenig individualisiert. Die Schule trifft nicht die Lehrer, sondern das System. Verlangt man werden eine Verringerung der Schülerzahl und eine gründliche Umänderung des Lehrplanes, mit Ausschließung aller konfessionellen Gesichtspunkte. Die bühnische Simultanschule ist gar keine noch im hohen Maße eingeleitet. Das Zentrum arbeite in der Volksschulfrage nach dem Grundsatze: Dem Volke muß die Religion erhalten werden. Wir werden auch in dieser Zeit des Kampfes energisch kämpfen. Als Ideal ist zu bezeichnen die unentgeltliche Staatschule, die konfessions- und religionslos sein muß. In der Volksschule muß sich angedeutet die Gewerbeschule, die Handelschule und mit dieser wiederum hat sich die Berufswahl der jungen Leute anzubinden. Dem ist der Zustand erreicht, wo die heranwachsende Generation nicht nur dem harten Kampfe ums Dasein gewöhnen ist, sie kann auch gelten als wahre Kämpferin für Kultur, Freiheit und Gerechtigkeit. (Weißoll.)

In Anbetracht der vorgerückten Zeit wird auch bei diesem Punkte von einer Diskussion Abstand genommen. Der nachfolgende Antrag findet Annahme:

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird beauftragt, bei gegebener Gelegenheit in der Zweiten Kammer dahin zu wirken, daß Bestimmungen in das Elementarunterrichtsgesetz aufgenommen werden, was nach die Gehaltsfragen aller Konfessionen aus den Schulverwaltungsstellen ausgeschaltet werden.

Man geht über zur Beratung der nach nicht erledigten Anträge. Abgelehnt wird auf Vorschlag Carl-Heinrich der Vorschlag des Landesvorstandes in bezug auf die Honorierung der Redner. Auch der Antrag der Parteigenossen von Darlangen:

Der Parteitag möge beschließen: In denjenigen Orten, in denen Organisationen bestehen, dürfen bei Kommunalwahlen nur solche Kandidaten aufgestellt werden, welche Mitglieder der Organisation sind, oder die Partei finanziell dauernd unterstützen wird angenommen.

Als die Orte, welche die Redner für die geschilderte Zeitung der Parteipresse zu stellen haben, werden bestimmt: Freiburg, Mannheim und Pforzheim.

Zum Protokoll wird Karlsruhe bestimmt; dieses hat die Mitglieder des neuen Landesvorstandes zu wählen.

Der nächste Parteitag findet in Freiburg statt.

Folgende Resolution wurde nach kurzer Beratung durch Eichhorn, Karlsruhe und E. S. Mannheim als Anhalt des Parteitag festgelegt:

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Baden spricht den herzlichsten Dank aus für die Teilnahme in Mannheim und Pforzheim seine volle Sympathie aus und verpricht, ihnen nach wie vor auch materiell hilfsreich zur Seite zu stehen.

Gleichzeitig gibt der Parteitag seiner Unterstützung über die provokatorischen Gewaltmaßnahmen, welche die badischen Polizeibehörden anlässlich des „roten Sonntags“ getroffen hatten, und weist die darin zum Ausdruck gekommene Geringschätzung und Mißachtung der sozialistischen Arbeiterklasse mit aller Entschiedenheit zurück.

Gen. Wagner-Mannheim überbringt dem Parteitag noch die Grüße der Jugendkonferenz, worauf der 2. Vorherrscher Breitenfeld-Vorschlag den diesjährigen Parteitag mit einem Danke an die Karlsruhe Genossen schloß.

Badischer Landtag.

(2. Sitzung.)

Karlsruhe, 10. Febr.

Präsident Wilkens eröffnet nach 9 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch das Gesamtministerium.

Beratung der allgemeinen Finanzabteilung.

Präsident Wilkens teilt mit, daß eine Verhandlung darüber zustande gekommen, daß über die politische Lage von jeder Partei nur noch ein Redner sprechen werde.

Abg. Schofer (Zentr.): Die Angriffe aus das Wahlflugblatt „Waldmichel“ seien sehr heftig, aber ebenso unbegründet. Er erkläre, daß er keine Angriffe lediglich gerichtet habe. Das Blatt sei auch gerichtet gewesen gegen Kochling und andere. Ein Zentrum sei ihm nicht nachgewiesen worden; seine Fraktionsgenossen hätten von dem Waldmichel auch keine Kenntnis gehabt, wie er es denn wermieden, aber denselben zu sprechen. Er müsse die Angriffe, wie sie ihm von Ehrhardt zuteil gekommen, zurückweisen, da er weder Zentrum noch der Hausmacht Ehrhardts sei. Der Redner geht sodann auf die einzelnen Vorwürfe, die dem Waldmichel gemacht, des nähern ein und betont, daß das Verhalten zur Krone im Waldmichel keineswegs übertrieben werde durch das Verhalten der National Liberalen gegen die Krone in den hinter uns liegenden Zeiten. Wenn man ihm weiter vorgeworfen, der Waldmichel habe das Volk verkehrt, so möchte er Wahlflugblätter und Zirkulare der Protestanten zitieren, in denen die katholische Kirche schwer angegriffen. Wer im Glashaus sei, solle nicht mit Steinen werfen. Redner kommt auf den Fall Casseff zur sprechen und die Behandlung desselben in diesem Hause, denn man hätte zum mindesten die Aburteilung durch die Gerichte abwarten sollen.

Abg. Benedict (Dem.) betont, daß die Rede des Vorredners von neuem bewiesen habe, daß der alte schottische Geist der Volksschule noch munter lebe und unter uns herumbrenne. Wenn der Herr Redner durch Gendarmen abgeführt worden sei, so sei derselbe eines schweren Verbrechen beschuldigt, man müsse dies in Betracht ziehen. Das Zentrum habe aber nichts dagegen einzuwenden gehabt, als die Gendarmen eine paar Wahlflugblätter durch ein halbes Dutzend Bote transportiert habe. (Widerspruch.) Redner geht sodann auf das Budget ein und hält die finanzielle Lage durchaus nicht für so schwarz, wie sie der Finanzminister geschildert. Was die Reichsfinanzpolitik betreffe, so gebe er zu, daß eine Finanzreform geboten, doch möchte er in allen Punkten das Wort reden. Die Steuerfrage sei auf dem Gebiete der Erbschaftsteuer könnte doch bei weitem härter noch oben angezogen werden. Redner geht sodann auf die Reichspolitik etwas näher ein, durch die ein absolutistischer und zentralistischer Zug gehe, den man nur bedauern müsse. Er möchte fast sagen, daß Deutschland immer mehr in die Rolle hineinkomme, die Frankreich unter Napoleon gespielt. Die Sabel schließend Friedensreden halte er für sehr bedeutend; er möchte dabei auch an die kriegerische Rede erinnern, die Bismarck kürzlich gehalten und die besser unterblieben. Alles dies könne im Ausland keinen guten Eindruck machen und was würden wir wohl sagen, wenn solche Reden im Ausland gehalten würden. Auch in der inneren Entwicklung mache sich das absolutistische Regiment zum Nachteil bemerkbar. Ein Ausfluß dieses Regiments sei das Verhalten der Regierung gegen die sozialistischen Kundgebungen am 21. Januar gewesen. Die Maßnahmen seien vollkommen berichtigt gewesen, denn sie haben nur dazu beigetragen, die Bedeutung der Sozialdemokraten in der hiesigen Bevölkerung zu heben, dadurch sei die Sozialdemokratie in Deutschland im Gegensatz zu anderen Staaten zu einer Bedeutung gelangt, wie sonst nirgend anderswo. Redner geht sodann auf den bekannten Vorzug in Konstantin, in wo man Dr. Adler in Wien und Greulich in Zürich das öffentliche Auftreten verboten habe. Mit solchen Maßnahmen erreiche man das Gegenteil, man stelle diejenigen, die man eigentlich treffen wolle. Man müsse aber auch bedenken, welchen Eindruck solche Maßnahmen im Auslande machten. Die Ächtung vor Deutschland und der Welt werde dadurch nicht erhöht. Redner anerkennt sodann das Bündnis mit der Sozialdemokratie als ein Resultat, das die Gefahr einer herrichten Mehrheit näher gesehen habe, als das Zentrum heute anzunehmen wolle. Man habe also alle Ursache gehabt, sich zusammenzuschließen; unter der früheren Wahlrechtsverteilung sei das Zentrum eine geborene Minoritätspartei gewesen, heute sei das allerdings anders. Redner polemisiert sodann gegen Zehner, der das Zentrum als eine moderne Partei hingestellt habe; er verweise darauf, daß man in den landlichen Wahlkreisen vielfach seitens des Zentrums damit operierte, daß man dem Volke sagte: wenn ihr liberal wählt, müßt ihr mehr lernen! (Widerspruch.) Als eine Notwendigkeit sei der Zusammenschluß aus dem Volke empfunden und mit einer gewissen Begeisterung aufgenommen worden. Entschieden müße er den Vorzug Billings zurückweisen, als ob das Bündnis eine tief beaucherte Verirrung gewesen sei. Wenn der Reichstagsminister in seiner Jüdisch-Politik seine größere Verirrung begangen, dann sei es besser um das deutsche Reich bestellt. Er müsse auch den Vorzug zurückweisen, als ob die Demokratie sich dem Zentrum gegenüber unbillig benommen hätte; die Demokratie habe stets in aller dieser Zeit ihren demokratischen Standpunkt eingehalten und wenn jemand abgesehen, so sei es höchstens das Zentrum selbst gewesen, das sich bei der Agitation des demokratischen Geistes vielfach bedient habe. Zum Schluß geht Redner auf die bekannte Haltung des Zentrums in Sachen der Verfassungsreform am Schluß des letzten Landtags näher ein. Im Lande habe diese Haltung sehr aufkärrende gewirkt und die Wahlen gegenüber des Liberalismus gefördert. Das Volk habe sich dies gemerkt und geliebt, doch es sich der alten liberalen Tradition der badischen Landesbewußt sei. (Vehementer Beifall links.)

Abg. Lehmann (Soz.):

Im Laufe der Debatte war die Sozialdemokratie wiederholt mehr oder weniger als Objekt für verschiedene Angriffe benützt, insbesondere soweit die Bündnisfähigkeit in Betracht kommt. Die gegen unsere Partei von der gegenwertigen Seite angewandte Agitation beruht zum größeren Teile auf einer völligen Unkenntnis unserer Ziele und Theorien. Aber diejenige, kommt zu einem ganz anderen Urteil über unsere Partei. Wegen des Bündnisses brauchen sich die beiden großen bürgerlichen Parteien keine Vorwürfe zu machen. Bündnisse mit der Sozialdemokratie sind doch nichts Neues mehr. Die Kön. H. hat schon vor mehr als 15 Jahren uns als kleineren Unheil bezeichnet. Und das Zentrum war bei den letzten Landtagswahlen nicht grundtätig abgeneigt, mit uns für die Stichwahlen da und dort ein Abkommen zu treffen. Wir hätten rein zahlenmäßig wahrscheinlich ein besseres Geschäft gemacht. Wir haben es aber abgelehnt, weil wir es nicht verantworten konnten, eine Zentrumsmehrheit zu schaffen. Selbstverständlich hat sich die Stellung unserer Partei gegenüber der National Liberalen nicht im mindesten geändert, der gegenwertige Kampf wird auch in Zukunft in aller Schärfe geführt werden. Wenn das Zentrum sagt, es sei nicht bildungsfeindlich, so ist das jedenfalls nicht zutreffend. Das Zentrum steht prinzipiell auf dem Boden der Konfessionsschule. (Zuruf vom Abg. Dieterle: Sie wollen die religionslose Schule.) Abg. Lehmann fortfahrend: Gewiß, die wollen wir, aber nicht die Abschaffung der Religion. In Frankreich, wo die Religion aus dem Schulunterricht entfernt ist, wird jede Woche ein ganzer Tag zur Erteilung des Religionsunterrichts hergegeben.

In Preußen tritt das Zentrum mit aller Entschiedenheit für die Konfessionsschule ein. Wie das Zentrum über die Volksschule denkt, hat der vorstehende Abg. Reichensperger bei Beratung der feineren gefallenen Unterrichtsgehebel in den badischen Landtag deutlich gekennzeichnet. Er hat die meisten Unterrichtsgegenstände unserer Volksschule, wie Geographie, Lesen usw. als überflüssig bezeichnet. Und wo haben Sie denn Ihren größten Anhang? Etwa dort, wo die Schulen am besten oder am schlechtesten sind? Ihre Vertreter sind fast durchweg in ländlichen Wahlkreisen gewählt. In den Städten ist Ihr Anhang lange nicht so groß. (Sehr richtig.) Das Zentrum spielt hier auch den Toleranten. Nun, wie es mit dieser Toleranz steht, das zeigen Ihre Flugblätter. Der Standpunkt, den der Abg. Zehner hier wiederholt vertreten hat, steht im Widerspruch mit den Taten des Zentrums. Was Benedict über die Haltung des Zentrums bei der Wahlrechtsreform auf dem letzten Landtag gesagt habe, könne er nur bestätigen. Wäre die Wahlrechtsreform nicht nach den Wünschen des Zentrums gemacht worden, so hätte das Zentrum die Reform scheitern lassen. Das Zentrum hat in solchen Fragen eben keine Prinzipien.

Der Staatsminister habe den Eindruck gemacht, daß der Sozialdemokratie gegenüber nervös geworden sei. Er habe u. a. gesagt, die Sozialdemokraten würden in den Versammlungen zu strafbaren Handlungen auffordern. Soffentlich jehle der Staatsminister diesen Ausbruch zurück, jedenfalls verbitten wir uns solche Unterstellungen. Auch

der Vorwurf, wir arbeiteten indirekt auf die Durchführung der Revolution, ist unhaltbar. Die Staatsanwälte würden uns dafür längst auf die Anklagebank geschleppt haben.

Ich will bei dieser Gelegenheit auf die Vorgänge in Mannheim am 21. Januar kurz zu sprechen kommen. Dort hat man die Schülerteile mit Revolvern bewaffnet, sie ohne Mangel lumbenlang auf der Straße herumziehen lassen. Dann schick man noch junge Leute in die Versammlung, um dieselbe zu überwinden, Leute, denen der nötige Will für die Situation und die nötige Erfahrung fehlte. Die Versammlung wurde aufgelöst und 5000 Staatsbürger wie Schulbuben nach Hause geschickt. Die polizeilichen Maßnahmen waren förmliche Provokationen. Wenn trotzdem nicht das geringste gewonnen ist, so ist das nur der guten Disziplin der sozialdemokratischen Arbeiter zu danken. Wenn die Meinung bestehen sollte, daß der Arbeiter ein weniger ausgebildetes Ehrgefühl habe, so täuscht man sich. Der Minister habe die hier wiederholt besprochene unerbittliche Verhaftung zweier Arbeiter wegen einer Bagatelle spafhaft behandelt. Bedenkt denn der Minister über solche Vorgänge, die doch die entschiedenste Mißbilligung verdienen. Die Spässe des Ministers waren geeignet, das Ehrgefühl der Arbeiter zu verletzen.

Ich möchte noch kurz auf die Sozialpolitik zu sprechen kommen. Da liegt vieles im Voraus, es ist ein Stillstand auf diesem Gebiete eingetreten. Es wäre an der Zeit, die ganze Sozialveränderung zu vereinheitlichen. Religiös der Schworenengerichte haben wir vor zwei Jahren den Bezug der Arbeiter und eine entsprechende Entscheidung gegeben. Es ist in dieser Richtung seitens der badischen Regierung nichts geschehen. Die Aufhebung der Gefängnisordnung wäre auch endlich gelöst. Die Zahl der Fabriksinspektoren reicht zu einer gründlichen Inspektion nicht aus.

Zum Schluß möchte ich mich noch kurz mit der Finanzfrage beschäftigen. Die vom Finanzminister gegen den Abg. Kolb gerichteten Vorwürfe waren durchaus unzutreffend. Daß die tatsächlichen Einnahmen des Voranschlags fort und fort nur beträchtlich übersteigen, kann doch nicht bestritten werden. Durch diese Art der Budgetaufstellung drückt man sich um die Wünsche und Forderungen der Arbeiter und unteren Beamten. Die Aufbringung der Mittel hängt wesentlich davon ab, wie die Steuern aufgebracht werden. Da heißt es immer, man darf die Reichen nicht allzu sehr belasten, sonst wandern sie aus. Deshalb behalte man die „tragfähigen“ Schultern, indem man die indirekten Steuern fort und fort erhöht. Die des Finanzministers über die Schuldenwirklichkeit hätte er besser im Reichstag gehalten. Man hat aber noch nie etwas davon gehört, daß dort die Regierung gegen die Schuldenmacher opponiert habe. Die Kulturaufgaben haben bei uns nach gelitten, das kann nicht bestritten werden.

Die Behauptung des Abg. Zehner, daß die Sozialdemokratie bereit gewesen wäre, das Budget der Zweiten Bad. Kammer zugunsten der Ersten Kammer preiszugeben, ist unmaß. Der Abg. Eichhorn, auf den sich das Zentrum stützt, hat eine klare, bestimmte Erklärung in dieser Sache abgegeben und die muß Ihnen genügen. Man darf wissen, was die Regierung in Erfahrung bringen ist es an der Zeit, an die Regierung die Frage zu richten, wie stellt sich die Regierung gegenüber der Sozialdemokratie im Falle des Ausbruchs eines Krieges. Im Übrigen habe man für diesen Fall die Vorbereitungen für eine förmliche sozialdemokr. Führer vorzulegen. Welche Dinge beweisen, wie wenig man von der Sozialdemokratie weiß und versteht. So nach Freiheit und Wohlstand wir haben, je mehr der Arbeiter als gleichberechtigt behandelt wird, desto mehr wird er sein Vaterland lieben. Unsere Bestrebungen entfrachten elden Motiven. Sie können die gewalttätige Bewegung des Sozialismus aufhalten, wenn sie die Kultur nicht schädigen wollen.

Minister Söntgen wendet sich gegen Benedict, der ausgeführt, daß das deutsche Reich dieselbe Rolle spielen wie Frankreich unter Napoleon. Er möchte doch betonen, daß man bei der Beurteilung der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nicht auf einzelne Reden zurück greifen, sondern auf Taten sehen müsse. Er möchte darauf hin, daß Deutschland seit 1870 den Vorkriegserhalten habe. Das stonitzer Verbot an einig Reichsminister, bei der Verammlung öffentlich aufzutreten, sei von Benedict gleichfalls für verächtlich gehalten worden. Der Sozialdemokratie beileide es wenig mit der gleichen Partei anderer Staaten die Regierung zu kritisieren, deshalb sei das Jahres Referat erfolgt und der Reichstagsminister habe in dieser Angelegenheit sich auch an die bad. Regierung gewandt, zu erwägen, ob nicht im Interesse der auswärtigen Angelegenheiten das rednerische Auftreten der ausländischen Sozialdemokraten zu untersagen sei. Bei der elektrischen Spannung, die am politischen Himmel geherrscht, sei man der Wankung gern nachgegeben. Man habe auch den Auftrag der Polizei in den Versammlungen zu prüfen, dieselbe sei durchaus nicht so schamlos getrieben worden. Das das Eingreifen des Militärs betreffs, so bestehe eine Vereinbarung zwischen Baden und Preußen, in welcher das Eingreifen des Militärs geregelt. Ein Eingreifen des Militärs sei nur auf eine Requisition der Zivilbehörde möglich, dazu sei natürlich bei den Versammlungen am roten Sonntag keine Requisition vorgelegen. Er wisse den Vorwurf zurückzuweisen, als die Sozialdemokraten, als Bürger 2. Klasse bezeichnet wurden. Wenn die sozialdemokratischen Versammlungen anders behandelt würden, so liegt dies in den besonderen Charakter dieser Versammlungen, der allerdings vielfach ein aufreger Charakter sei. Was die letzte Anfrage Lehmanns betrafte, so möchte er dieselbe als eine naive bezeichnen, wenn dies parlamentarisch zulässig sei. (Heiterkeit.) Sodann kommt der Redner auf die Augerkung zurück, wo vor zwei Jahren getan, daß er die Sozialdemokratie diesem Hause nicht missen möchte. Eins möchte er sagen, daß die Regierung niemals dulden werde, daß ein Beamter durch sein äußeres Verhalten eine moralische Anklage in Erfahrung bringt. Er halte es aber für recht, wenn die Sozialdemokratie hier in diesem Hause Gelegenheit finde, mit den anderen Parteien ihre Vorschläge einzubringen und die Wünsche vorzutragen. (Weißoll.)

Schluß der Sitzung 1 Uhr.
Nächste Sitzung Montag 1/2 Uhr.

Cauting.

Für die russischen Freiheitskämpfer gingen am 11.20 Uhr. — Vom Wahlverein Eingen a. Pforten 40,65 RM.

Expedition des Volksfreunde

Grußen! Agitiert für den Volksfreund